

## NIEDERSCHRIFT BezA/027/2009

über die Sitzung des **Bezirksausschusses der Stadt Billerbeck** am 09.09.2009 in  
der **Gaststätte Thumanns Mühle, Temming 34.**

Vorsitzender:

Herr Werner Wiesmann

Ausschussmitglieder:

Herr Bernhard Faltnann  
Frau Brigitte Mollenhauer

Vertretung für Herrn  
Werner Schulze Esking

Herr Franz-Josef Schulze Thier  
Frau Birgit Schulze Wierling  
Herr Karl-Heinz Ueding  
Herr Michael Fliß

ohne Ortsbesichtigung

ohne Ortsbesichtigung

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Mechtild Reht  
Herr Theo Schulze Brock  
Herr Carsten Rampe  
Frau Maggie Rawe

Vertretung für Frau Maria  
Schlieker

Vortragende Gäste:

Herr Entrup

Landwirtschaftskammer West-  
falen-Lippe, zu TOP 1. ö. S.  
Bezirksstelle für Agrarstruktur  
Münsterland, zu TOP 1. ö. S.

Herr Hessel

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks  
Herr Georg Hoffmann  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Michaela Besecke  
Frau Birgit Freickmann

ohne Ortsbesichtigung

ohne Ortsbesichtigung  
Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Herr Wiesmann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

### TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

### 1. **Steuerung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben auf Ebene der Bauleitplanung**

#### **hier: Ergebnis "Runder Tisch"**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Entrup von der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und Herr Hessel von der Bezirksstelle für Agrarstruktur Münsterland anwesend. Die Vorträge der Herren Entrup und Hessel sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 und 2 beigelegt.

Herr Entrup geht auf das Ergebnis des „Runden Tisches“ ein und erläutert, wie die Landwirtschaftskammer eine Analyse der Betriebsstrukturen und –perspektiven der landwirtschaftlichen Betriebe durchführen würde. Nach der Herbstbestellung, ca. Ende November, soll eine Informationsveranstaltung und eine schriftliche Befragung aller landwirtschaftlichen Betriebe ab 5 ha Fläche durchgeführt werden. Danach würden die zurückkommenden Fragebögen ausgewertet, wobei mit den Landwirten, die ihre Fragebögen nicht zurück senden, Gespräche geführt werden sollen. Mit einem 100%-igen Rücklauf könne aber nicht gerechnet werden.

Herr Entrup teilt auf Nachfrage mit, dass ein verwertbares Ergebnis nur dann erzielt werde, wenn mit den Fragebögen auch die persönlichen Daten abgefragt werden, ansonsten wäre z. B. nicht nachvollziehbar, wer geantwortet habe und wer nicht. Die Daten würden aber von der Landwirtschaftskammer nicht weiter gegeben. In dem Fachbeitrag würden nur anonymisierte Daten verwandt. Für die Grundlagenermittlung plane er ca. ½ Jahr ein.

Herr Hessel stellt dann den Fragebogenentwurf im Detail vor (siehe Anlage 2).

Herr Fliß regt an, bei den möglichen Einkommensalternativen auch den Ökolandbau aufzulisten.

Frau Rawe erkundigt sich, nach welchen Vorgaben die Staffellungen bei den Stückzahlen der Vieheinheiten festgelegt worden seien.

Herr Hessel verweist auf den Datenschutz. Wenn zu genaue Angaben von den Landwirten gefordert würden, werde man nicht den erhofften Rücklauf bekommen.

Frau Besecke hält den Einwurf von Frau Rawe für gerechtfertigt. Auf der heutigen Tagesordnung stehe z. B. die Errichtung eines Schweinemaststalles mit knapp 3000 Mastplätzen, deshalb wäre es durchaus sinnvoll, wenn auch höhere Einheiten angekreuzt werden könnten.

Herr Entrup schlägt vor, die obere Zeile mit den niedrigen Zahlen weg zu lassen und dafür unten höhere Zahlen anzufügen.

Herr Hessel gibt noch einmal zu bedenken, dass die Landwirte Angaben im höheren Zahlenbereich nicht machen werden.

Frau Dirks macht deutlich, dass eine Analyse nur mit den Landwirten gemeinsam erstellt werden könne. Für eine Planung sei es wichtig zu wissen, was die Landwirte in Zukunft wollen. Deshalb sollte jeder Landwirt auch entsprechende Angaben machen.

Frau Besecke betont, dass die Landwirtschaftskammer bei der Ermittlung der Entwicklungsperspektiven Mittler zwischen den Landwirten und der Stadt sei. Man müsse wissen, mit wem intensivere Gespräche geführt werden müssen, wenn es zu einer Planung komme. Insofern sei es schlecht, wenn die Landwirte zu ihren Entwicklungsperspektiven keine oder falsche Angaben machten.

Man dürfe nicht verhehlen, so Herr Fliß, dass die Planung einerseits Konflikte verhindern soll, andererseits aber auch das Gesamtinteresse betrachtet werden müsse. Es gehe darum, Wünsche und Ziele zu ermitteln und zu überlegen, wie diese in einer Planung möglichst konfliktfrei umgesetzt werden können. Er sehe in der Ermittlung durch die Landwirtschaftskammer den Vorteil, Konfliktpotential mit den Nachbarn und den Bürgern zu vermeiden.

Ein wesentlicher Faktor für das Engagement der Landwirtschaftskammer sei, die Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft vor Ort sicherzustellen, so Herr Entrup.

Frau Mollenhauer hält es für wichtig, im Vorfeld eine umfassende Informationsveranstaltung durchzuführen, bei der die Landwirte darauf hingewiesen werden, wie bedeutend ein 100%-iger Rücklauf ist.

Nach abschließender Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

**Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:**

Für die Stadt Billerbeck soll ein landwirtschaftlicher Fachbeitrag erstellt werden.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**2. Errichtung einer NaWaRo Biogasanlage mit einer Gesamtfeuerungswärmeleistung von 428 kW in Esking**

Herr Ueding und Frau Mollenhauer machen deutlich, dass nichts gegen die Errichtung der Biogasanlage spreche, zumal sie so nah wie möglich am Hof errichtet werden soll.

Herr Fliß bittet die Verwaltung darzulegen, welche Ausgleichsmaßnahmen für welche Baukörper notwendig sind und wie die Umsetzung überprüft wird.

Frau Besecke erläutert, dass der Bauherr einen landschaftspflegerischen Begleitplan in Auftrag geben müsse. In diesem werde dargelegt, durch welche Maßnahmen die Auswirkungen der Baumaßnahme kompensiert

werden können. Die einzelnen Maßnahmen würden mit Mitarbeitern der Unteren Landschaftsbehörde besprochen.

**Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:**

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB wird erteilt, sofern der Bauantrag Ausgleichsmaßnahmen zur Schonung des Landschaftsbildes enthält. Zur Verbesserung der Erschließung werden Vereinbarungen mit dem Antragsteller getroffen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Neuerrichtung eines Schweinemaststalles für knapp 3000 Mastplätze in Temming**

Frau Rawe erkundigt sich, ob es richtig ist, dass heute keine Entscheidung getroffen werden müsse.

Das wird von Frau Besecke bestätigt. In den vergangenen Jahren sei über das gemeindliche Einvernehmen aber immer im Vorfeld entschieden worden, um dem Antragsteller unnötige Kosten zu ersparen. Sollten sich im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung Beeinträchtigungen oder wesentliche Änderungen der Planung ergeben, werde das Vorhaben hier erneut vorgestellt.

Herr Fliß fragt kritisch nach, warum die Verwaltung den Ausschuss hier unnötig unter Druck setze, indem sie die Angelegenheit heute auf die Tagesordnung gesetzt habe. In dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt sei ein Beschluss im Hinblick auf eine Bauleitplanung im Außenbereich gefasst worden. Dieses Verfahren sollte zunächst abgewartet werden.

Frau Besecke weist darauf hin, dass der konkrete Antrag voraussichtlich sowieso noch vor Weihnachten eingereicht werde und bis dahin noch keine Ergebnisse des landwirtschaftlichen Fachbeitrages vorliegen werden.

Herr Fliß wiederholt, dass der Ausschuss im Hinblick auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt unnötig in eine Zwangslage versetzt werde. Er beantrage, den Tagesordnungspunkt heute abzusetzen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass eine Entscheidung getroffen werden müsse, wenn der konkrete Antrag vorliege. Bis dahin sei man mit einer Bauleitplanung auch noch nicht weiter. Man wolle doch mit den Landwirten gemeinsam weiter kommen. Außerdem lägen alle Voraussetzungen für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens vor. Aus Sicht der Verwaltung könne deshalb heute eine Entscheidung getroffen werden, im Übrigen wolle man Antragsteller nicht unnötig warten lassen.

Frau Mollenhauer führt an, dass in der Vergangenheit über das gemeindliche Einvernehmen regelmäßig im Vorfeld entschieden worden sei. Ergebnisse bzgl. der Bauleitplanung für den Außenbereich lägen in weiter Ferne. Man sollte sich nicht verzetteln.

Der Ausschussvorsitzende lässt schließlich über den weitergehenden Antrag des Herrn Fliß auf Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen. Der Antrag wird mit **3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen abgelehnt**.

Der Ausschuss fasst folgenden

**Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:**

Zu dem o. g. Vorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB erteilt, sofern der Antrag die unten genannten Kompensationsmaßnahmen und die beschriebenen Materialien beinhaltet.

**Stimmabgabe:** 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

**4. Neuerrichtung eines Schweinemaststalles für 1440 Mastschweine in Bockelsdorf**

Herr Schulze Brock erklärt sich für befangen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Frau Rawe weist darauf hin, dass hier die gleichen Argumente wie zu TOP 2. angeführt gelten und stellt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den weitergehenden Antrag der Frau Rawe abstimmen.

Der Antrag wird mit **3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen abgelehnt**.

Der Ausschuss fasst folgenden

**Beschlussvorschlag für den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss:**

Zu dem o. g. Vorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB erteilt, sofern der Antrag die unten genannten Kompensationsmaßnahmen und die beschriebenen Materialien beinhaltet.

**Stimmabgabe:** 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

**5. Sanierung von Wirtschaftswegen mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II**

Zu diesem Tagesordnungspunkt fand vor der Sitzung eine Besichtigung des Pieperweges, Wellbreiweges und Haarbeckweges statt, bei der Herr Hoffmann erläutert, wie die Wege saniert werden sollen.

Nach Meinung von Herrn Schulze Brock müsse versucht werden, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 180.000,-- € möglichst viel fertig zu bekommen. Die vorgesehenen Wege werde man mit diesen Mitteln nicht in voller Länge sanieren können. In Coesfeld sei 1 km Weg mit 30.000,-- € saniert worden. Was dort möglich sei, sollte auch in Billerbeck möglich sein.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass das Ausschreibungsergebnis abgewartet werden müsse. Zunächst sollten der Pieperweg und die Mittelstücke des Wellbrei- und Haarbeckweges in Angriff genommen werden. Wenn lt. Ausschreibungsergebnis dann noch Mittel übrig blieben, könnten die Wege komplett bis zu den Anschlussstellen mit einer Tragdeckschicht überzogen werden.

Herr Ueding und Herr Schulze Thier sprechen sich für eine vernünftige Sanierung der Wege aus, ansonsten werde man in einigen Jahren wieder nachbessern müssen.

Frau Rawe fragt nach, ob die Anlieger an den Ausbaurkosten beteiligt werden.

Nachdem dies verwaltungsseitig verneint wird, weist Herr Fliß mit Nachdruck darauf hin, dass die Bürgermeisterin eine Beteiligung der Anlieger aber zugesichert habe.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie plane, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, an der u. a. auch die Landwirtschaftlichen Ortsvereine beteiligt werden sollen. Diese Arbeitsgruppe soll sich mit einer finanziellen Beteiligung der Anlieger an den Ausbaurkosten der Wirtschaftswege beschäftigen, wobei sie sich u. U. eine zeitweise Erhöhung der Grundsteuer A vorstellen könne.

Herr Schulze Brock ärgert sich, dass immer nur von einer Erhöhung der Grundsteuer A gesprochen werde. Hiervon seien nur rein landwirtschaftliche Flächen betroffen. Über eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer müsse in diesem Zusammenhang ebenfalls nachgedacht werden.

Frau Dirks betont, dass die Erhöhung der Grundsteuer A nur eine Möglichkeit sei und die Arbeitsgruppe erarbeiten solle, wie eine Beteiligung der Anlieger im Außenbereich erfolgen könne.

Herr Fliß schlägt vor, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und abzuwarten bis seitens der Arbeitsgruppe entsprechende Vorschläge unterbreitet werden.

Herr Faltsmann wirft ein, dass die Sanierung der Wirtschaftswege doch mit Mitteln des Konjunkturpaketes finanziert werden soll und doch nicht verschoben werden könne.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass im HFA und Rat lange über die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket beraten worden sei. Schließlich sei beschlossen worden, 180.000,- € in die Wirtschaftswege fließen zu lassen. Dem Bezirksausschuss sei es vorbehalten, für welche Wege diese Mittel ausgegeben werden. Hierum gehe es heute. Die Entscheidung, dass 180.000,- € für die Wirtschaftswege ausgegeben werden, sei längst gefallen.

Herr Fliß erinnert dennoch an die Aussage der Bürgermeisterin über eine Kostenbeteiligung der Anlieger im Außenbereich und bittet über seinen Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen zu lassen.

Herr Schulze Brock fragt nach, ob mit Coesfeld Kontakt aufgenommen worden sei. Er könne sich vorstellen, dass die Wege dort auch aus Mitteln des Konjunkturpaketes saniert worden seien. Es sei ihm zu wenig, wenn nur 2 km der Wege mit den 180.000,-- € saniert werden können. Außerdem sehe er es als wichtiger an, die Ränder der Wege zu befestigen als flächendeckend eine Tragdeckschicht aufzubringen. Man müsse das Notwendige tun und sollte sich keinen Luxus leisten.

Herr Hoffmann betont, dass die von ihm zusammen gestellte Kostenschätzung realistisch sei und keinen Luxus beinhalte. 10 cm starke Deckenüberzüge seien Standard. Er gehe davon aus, dass ein gutes Ausschreibungsergebnis erzielt werde. Falls das nicht der Fall sein sollte, könne man immer noch reagieren.

Herr Schulze Brock bleibt dabei, dass zumindest eine Mindestlänge festgelegt werden sollte. Es könne nicht sein, dass mit 180.000,-- € nur 2 – 3 km Wege saniert werden können, 4 – 5 km müssten es schon sein.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass Randbefestigungen zu den Unterhaltungsmaßnahmen gehörten und hierfür keine Mittel aus dem Konjunkturpaket verwandt werden dürfen.

Frau Dirks ergänzt, dass sie die rechtmäßige Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket bescheinigen müsse und deshalb darauf achten werde, dass die Mittel für eine dauerhafte Wertverbesserung ausgegeben werden. Sie werde aber die Anregung des Herrn Schulze Brock aufgreifen und in Coesfeld nachfragen.

Frau Rawe kann sich der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Prioritätenliste anschließen, zuerst den Pieperweg und danach die Mittelstücke des Haarbeck- und Wellbreiweges zu sanieren. Die Anschlüsse an die Landstraßen hätten dann die zweite Priorität.

Frau Mollenhauer gibt dagegen der Sanierung des Wellbrei- und Haarbeckweges den Vorrang vor dem Pieperweg. Wellbrei- und Haarbeckweg würden von Radfahrern stark frequentiert und stellen eine Verbindung zwischen Billerbeck und Havixbeck dar. Außerdem seien die Schäden dort größer als auf dem Pieperweg.

Wenn das Ausschreibungsergebnis nicht passe, müsse man sich sowieso wieder über die Prioritätenliste unterhalten, so Herr Wiesmann.

Frau Rawe möchte wissen, ob die Anlieger an den Kosten beteiligt werden können, wenn Mittel aus dem Konjunkturpaket einfließen.

Frau Dirks erinnert an die bereits geführte Diskussion, dass eine Satzung mit der die Anlieger an den Ausbaurkosten beteiligten würden, ungerecht wäre, weil eine Reihe von Wirtschaftswegen in den Flurbereinigungsver-

fahren ausgebaut wurden. Für die angesprochenen Wege könnten keine Beiträge erhoben werden.

Wenn es auch keine Möglichkeit gebe, die Bürger an den Kosten der mit Mitteln des Konjunkturpaketes ausgebauten Wege zu beteiligen, so Herr Fliß, gebe es aber doch die Aussage der Bürgermeisterin, gleichzeitig eine entsprechende Satzung vorzulegen. Herr Fliß betont dabei, dass er selber im Außenbereich wohne und von einer solchen Satzung negativ betroffen wäre.

Frau Dirks weist deutlich darauf hin, dass sie von einer Satzung nicht gesprochen habe und sie diese auch nicht vorschlage.

Herr Wiesmann weist ebenfalls darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Sanierung von Wegen aus Mitteln des Konjunkturpaketes von einer Satzung nie die Rede gewesen sei.

Herr Fliß erinnert an seinen Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Der Antrag wird mit **3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgelehnt.**

Der Ausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

Die für den Wegeausbau vorgesehenen Mittel aus dem Konjunkturpaket II sind für die Sanierung der Wege Pieperweg, Wellbreiweg und Haarbeckweg zu verwenden. Der Pieperweg wird insgesamt, vom Wellbrei- und Haarbeckweg werden vorrangig die Mittelstücke ausgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt, eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen.

**Stimmabgabe:** 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

## **6. Mitteilungen**

### **6.1. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass die für den 15. September 2009 vorgesehene Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung aus Krankheitsgründen auf den 24. September 2009 verschoben werden musste.

### **6.2. Kompensationsmaßnahmen für die Biogasanlage im Gantweg - Frau Besecke**

Frau Besecke teilt mit, dass eine 4-reihige Feldhecke entlang der nördlichen Zuwegung entstehen soll. Die Biogasanlage werde mit einer 3-reihigen Hecke eingegrünt. Außerdem seien noch Anpflanzungen am Gantweger Bach vorgesehen.

### **6.3. Betriebsfunkanlage der Bahn an der Bergstraße - Frau Besecke**

Frau Besecke erinnert an ihren Hinweis über Planungen der Bahn, Betriebsfunkanlagen zu errichten. Im Gespräch seien damals Funkmasten im Bereich des Bahnhofes Lutum und im Bereich des Bahnüberganges an der Bergstraße gewesen. Mit der Bahn seien Gespräche geführt worden, da man über die beiden Standorte nicht glücklich gewesen sei. Der Standort Lutum sei schließlich in Richtung Coesfeld verschoben worden, so dass der denkmalgeschützte Bahnhof Lutum nicht beeinträchtigt werde. Der Standort Bergstraße werde aber beibehalten. In der ursprünglichen Planung seien Funkmasten am Bockelsdorfer Weg und in Richtung Weißenburg vorgesehen gewesen. Diese beiden Standorte seien schließlich auf den einen an der Bergstraße zusammen gefasst worden. Funkmستانlagen seien privilegiert und zur Sicherung des Funkverkehrs zwischen dem Lokführer und der Zentrale notwendig. Der Funkmast werde 25 m hoch sein.

## **7. Anfragen**

### **7.1. Behebung der Straßenschäden auf der L 506 - Frau Relt**

Frau Relt fragt nach, ob die Schäden an der L 506 auf der Beerlage behoben werden.

Frau Dirks führt aus, dass ein erneutes Gespräch mit dem Straßenbau-lastträger geplant sei. Seitens der Stadt Billerbeck werde immer wieder auf die Schäden hingewiesen. Der Landesbetrieb verweise dann immer auf die ihm vorliegende Mängelliste, wonach andere Straßen noch stärker betroffen seien. Sie werde aber am Ball bleiben.

### **7.2. Bürgerinitiative zur Anlegung eines Radweges entlang der L 506 - Frau Relt**

Frau Relt weist darauf hin, dass eine Bürgerinitiative dabei sei, Unterschriften für die Anlegung eines Radweges entlang der L 506 im Bereich Wetter (Bockelsdorf) zu sammeln. Für die Schulkinder sei der Weg zur Schulbushaltestelle bei Ahlers u. a. aufgrund der Topographie und des Waldes sehr gefährlich.

Frau Dirks bestätigt, dass Vertreter der Bürgerinitiative ihr morgen die Unterschriften überreichen wollten. Sie werde dann sehen, was machbar ist.

**7.3. Empfang von Radio Kiepenkerl auf der Beerlage - Frau Relt**

Frau Relt weist darauf hin, dass Radio Kiepenkerl auf der Beerlage nur schlecht oder überhaupt nicht empfangen werden könne. Offenbar führe Radio Kiepenkerl bereits seit Jahren Verhandlungen mit der Telekom bzgl. der Sendefrequenzen, komme aber nicht weiter. Sie fragt nach, ob seitens der Verwaltung nachgeholfen werden könne.

Frau Dirks sagt zu, sich hiermit zu beschäftigen und zu berichten.

**7.4. Aufbringen von Rollsplitt - Frau Mollenhauer**

Frau Mollenhauer führt an, dass derzeit auf vielen Straßen im Stadtgebiet Rollsplitt aufgebracht worden sei. Die Coesfelder Straße/Lilienbeck sei im Bereich der Kurve bei Kunstleben aber von Rollsplitt übersät. Das sei für Radfahrer sehr gefährlich.

Herr Hoffmann teilt mit, dass nicht mehr und nicht weniger Rollsplitt als üblich aufgebracht worden sei. Außerdem sei es gängige Praxis, das Material für eine bestimmte Zeit liegen zu lassen, damit es sich tlw. mit der Oberfläche verbinde. Der Rest werde dann abgefegt. Er habe für heute den Auftrag erteilt, die Straße zu fegen.

Frau Mollenhauer weist unter Hinweis auf das sich am Fahrbahnrand sammelnde Material noch einmal auf die Gefährdung für die Radfahrer hin.

Herr Hoffmann räumt ein, dass die Radfahrer Obacht geben müssen. Während der Bauphase werde aber mittels Schilder auf die Gefahrenstellen hingewiesen. Mehr könne er aus fachlicher Sicht nicht tun.

Werner Wiesmann  
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann  
Schriftführerin